

Politischer Aschermittwoch

14.02.2024

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Gäste,

Ich bin stolz darauf, SPD-Mitglied zu sein und ich bin stolz darauf, dass mir am 08.11.2023 das Vertrauen gegeben wurde, den SPD-Ortsverein als Vorsitzende zu lenken. Der Ortsverein wurde in den vergangenen 25 Jahren von Helmut Haigermoser sehr engagiert geleitet und ich konnte mich bereits in den letzten 10 Jahren als seine Stellvertreterin einarbeiten. Die SPD besteht seit 160 Jahren und steht für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Gerade diese Grundsätze werden derzeit jedoch von populistischen und rechtsextremen Parteien bedroht. Es werden menschenfeindliche Pläne geschmiedet Menschen loszuwerden, die nicht in deren krankes Muster passen. Dies betrifft nicht nur Menschen ohne deutsche Wurzeln, sondern auch anders Denkende. Solche Bestrebungen gibt es nicht erst seit dem Potsdam-Treffen, sie wurden bereits 2018 von Björn Höcke in seinem Buch niedergeschrieben. Daher bin ich sehr froh, dass nun endlich viele Bürger, die diese Entwicklung als Bedrohung unserer Demokratie empfinden, auf die Straße gehen und für den Erhalt der Demokratie kämpfen.

Bei der Veranstaltung in Traunstein vor 14 Tagen war ich überwältigt, wie viele auch in unserer Region sich unter dem Motto „Traunstoa hoid zam“ aufgemacht haben und mit über 3000 Besuchern ein deutliches Zeichen gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus gesetzt haben. Unsere Bundestagsabgeordnete und Staatssekretärin Bärbel Kofler, der stellvertretende Landrat Sepp Konhäuser, der SPD-Kreisvorsitzende Sepp

Parzinger, viele Mitglieder aus unserem Ortsverein, aber auch alle anderen SPD-Ortsvereine waren stark vertreten. Das macht in der aktuellen Situation Mut für die Zukunft, zeigt aber auch, dass Politik in den Gemeinden und Städten, die Kommunalpolitik, wichtig ist. Darum möchte ich an alle appellieren: Tretet in eine demokratische Partei ein und macht Politik an der Basis. In unserer Demokratie hat jeder die Möglichkeit mitzuwirken.

Ich finde es, allen Unkenrufen zum Trotz, sehr beachtlich, dass die Bundesregierung unter den äußerst schwierigen Bedingungen mit der Corona-Pandemie, dem russischen Überfall auf die Ukraine und den Auswirkungen des Klimawandels bereits zur Halbzeit der Legislaturperiode viele gesetzte Ziele erreicht hat. Knapp 2/3 des Koalitionsvertrages sind bereits umgesetzt oder angepackt. Sicher könnte die Kommunikation zwischen den Ampelparteien und die zu den Bürgern noch verbessert werden, doch vor allem die Situation für Geringverdiener wurde mit zahlreichen Gesetzesänderungen verbessert. Um nur einige der, von der SPD initiierten Beschlüsse zu nennen:

- Es wurde der Mindestlohn auf inzwischen 12 EUR erhöht
- das Bürgergeld für mehr Respekt, Chancen und Sicherheit wurde eingeführt
- 90 % der Zahler des Solidaritätszuschlags befreit
- das Deutschland-Ticket wurde eingeführt
- Kindergeld, Wohngeld und Pflegegeld wurden erhöht
- Durch das Wohngeld plus erhalten auch Haushalte mit niedrigem Einkommen einen staatlichen Zuschuss
- Die Kinderkrankentage wurden erhöht

- Die Renten in Ost und West wurden angeglichen
- Durch die Erhöhung des Grundfreibetrags, des Arbeitnehmer-Pauschbetrags und der Homeoffice-Pauschale wurden die Steuerabzüge für geringere Einkommen reduziert.

Ich finde es äußerst bedenklich, vor allem auch bei Gesprächen vor Ort, dass die Höhe des Bürgergeldes und deren Empfänger permanent angegriffen werden. Von den Oppositionsparteien werden die Bürger aus populistischen Gründen in dem Glauben gelassen, dass die Regelsätze für das Bürgergeld beliebig politisch festgesetzt und damit flexibel angepasst werden können. Verschwiegen wird dabei jedoch, dass die Höhe des Bürgergeldes vom Bundesverfassungsgericht vorgegeben ist und nicht frei geregelt werden kann. Ich finde es mehr als unseriös, wenn die Opposition versucht Geringverdiener gegen die Bürgergeldbezieher auszuspielen, indem sie diese als „faul“ bezeichnet. Das gibt sicher nicht die Lebenssituation, in der sich viele dieser Menschen befinden, wieder.

Die Energiewende bleibt eine zentrale Herausforderung. Ende 2023 wurde das neue Gebäudeenergiegesetz verabschiedet, das den Ausstieg aus fossilen Heizungen bis hin zum Verbot ab 2045 regelt. Dazu wurde die Förderung beim Einbau klimafreundlicher Heizungen, ebenso wie die Begrenzung der Mietpreiserhöhung beim Heizungstausch beschlossen. Die SPD setzt sich so für einen sozialen Wandel zur Klimaneutralität ein.

Zudem wurden Regelungen geschaffen, um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu vereinfachen und zu beschleunigen. Weiter erhielt der Ausbau und die Nutzung von erneuerbaren Energien eine Vorrangstellung und es wurden verbindliche Flächenziele für Windkraft festgelegt. Im Bereich Energie ist sicher noch viel zu tun, aber ein Anfang ist gemacht.

Unsere Landesregierung in Bayern beschränkt sich leider derzeit darauf mit dem Finger auf die Bundesregierung zu zeigen, anstatt die eigenen Versäumnisse abzarbeiten. Hier sei nur einmal der Netzausbau erwähnt, der unverzichtbar für unser Chemiedreieck ist. Stattdessen lässt man sich mit Wasserstoff-Projekten medienwirksam fotografieren, ohne eine Lösung dafür zu bieten, wo der grüne Strom für die Elektrolyseure herkommen soll, denn die Windkraft in Bayern hat man ja ausgebremst. Nachdem die CSU und FW nun zum wiederholten Male ihren Kurs um 180 Grad gedreht haben und plötzlich wieder für die Windkraft sind, wundern sie sich, warum sich die Mehringer nun gegen die Windkraft ausgesprochen haben. Dabei wurden die Bürger doch jahrelang mit einseitigen Argumenten gegen die Windkraft gefüttert.

Durch die fehlenden Stromtrassen nach Süden entstehen jährlich Milliardenkosten, da Ökostrom in Norden abgeregelt werden und im Süden teurer Strom mit konventionellen Kraftwerken erzeugt werden muss. Da hätte auch der Erhalt der Atomkraftwerke mit ihrem Anteil von 5 % an der gesamten Stromerzeugung nicht geholfen, die immer wieder hervorgeholt werden, um von den eigenen Versäumnissen abzulenken.

Leider geht in unserer Gemeinde Tacherting auch seit der letzten Wahl nichts voran. Auf den ersten Blick geht es uns sehr gut. Es wird jährlich Geld in die Rücklagen eingestellt. Man sollte jedoch bedenken, dass das Geld durch die Inflation ständig weniger wert wird. Zudem steigen die Ausgaben für die seit Jahren verschobenen Sanierungen immer weiter an. Damit verlieren wir doppelt, wenn wir die Projekte, die anstehen, nicht endlich anpacken.

Dabei wäre Vieles sicher schnell realisierbar. Man nehme nur das Beispiel Gasthof Reitmeier: Unser ehemaliger Vorstand Helmut Haigermoser hat es gemeinsam mit dem damaligen Pächter Helmut Fuchs und vielen freiwilligen Helfern innerhalb von wenigen Monaten geschafft, dass die Gaststätte 2020 wieder eröffnet werden konnte. Ebenso lange besteht die Forderung in der Bevölkerung und von vielen Vereinen, dass wir mit dem Reitmeiersaal wieder einen Versammlungsort in Tacherting schaffen sollten. Im Januar 2021 hatten wir im Gemeinderat beantragt, dass der Saal schnellstmöglich wieder geöffnet werden soll. Uns wurde damals zugesichert, dass man sich mit dem Landratsamt bereits über den Brandschutz abstimmt. Nach nun über drei Jahren ist der Saal immer noch geschlossen, dabei warten die örtlichen Vereine dringend auf die Freigabe des Reitmeiersaals. Das darf nicht so lange dauern.

Ebenso verhält es sich mit dem Heimatmuseum. In einer Nacht- und Nebelaktion musste dieses vor vier Jahren geräumt werden. Danach hatte eine Begehung mit dem Landratsamt stattgefunden, indem die Schaffung eines Notausgangs im Keller des Grundschulgebäudes gefordert wurde. Unsere SPD-Fraktion hat zuletzt vor einem Jahr den Antrag gestellt, mit einem Notausgang im Keller des Grundschulgebäudes die Räume wieder nutzbar zu machen. Leider hat der Heimatverein bis heute keine Räumlichkeiten für das Museum und die wertvollen Ausstellungsstücke. Als weiteres Beispiel möchte ich die Grund- und Mittelschule Tacherting ansprechen. Bereits seit ca. 10 Jahren ist uns bewusst, dass wir eine Sanierung oder einen Neubau benötigen. Es waren auch Planer tätig, die ein Konzept vorgelegt hatten. Passiert ist leider nichts. Hier müsste nun endlich eine Entscheidung getroffen werden, wie man weiter vorgehen

soll und der Plan ist dann auch zeitnah zu realisieren. Die Schulleitung, Lehrer und Schüler brauchen endlich eine Perspektive, wie es mit der Schule weitergeht.

Auch beim Thema erneuerbare Energien sind wir zu langsam unterwegs. Im April 2023 hatten wir auf unseren Antrag hin im Gemeinderat die Entscheidung getroffen, dass wir PV-Anlagen auf allen kommunalen Dächern installieren wollen. Leider wurden bis jetzt nur wenige PV-Module im Bereich des Klärwerks installiert. Das muss schneller gehen, da sich diese Investitionen in wenigen Jahren amortisieren und wir damit langfristig die Energiekosten in der Gemeinde senken können.

Das ist nur ein Auszug an Dingen, die dringend erledigt werden müssen.

Ich könnte die Liste noch weiterführen. Seien es die Straßen, deren Sanierung bereits seit Jahren im Haushalt vorgesehen sind, die jedoch immer noch nicht begonnen wurden, oder die veralteten Heizungssysteme in einigen kommunalen Gebäuden, die dringend erneuert werden müssen. Im Hinblick auf diesen letzten Punkt hat unsere SPD-Fraktion im Juli 2023 einen Antrag gestellt, dass Fördermittel für eine Machbarkeitsstudie zur kommunalen Wärmeplanung noch 2023 beantragt wird, damit diese noch zu 90 % bezuschusst wird.